

Bezugspreis: Vierteljährlich 3.- M. monatlich 1.- M. ...

Anzeigenpreis: Die schmalen Spalten ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Mittwoch, den 8. Februar 1922

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Vor der Entscheidung in Berlin.

Heute vormittag hat in allen städtischen Betrieben die Urabstimmung über die Annahme des Schiedspruchs des Reichsarbeitsministeriums und damit über die Wiederaufnahme der Arbeit stattgefunden.

Das Ergebnis der Abstimmung liegt bei Schluß des Blattes noch nicht vollständig vor. Es soll sich eine Mehrheit für Fortsetzung des Streiks ergeben haben.

Eine gewerkschaftliche Katastrophe.

Es ist natürlich, daß die Arbeiter sich gegen Verschlechterungen ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen wehren und um deren Verbesserung ringen. Eine sozialistische Gemeinde wie Berlin muß es als Ehrensache betrachten, ihren Arbeitern und Angestellten möglichst günstige, vorbildliche Arbeitsbedingungen zuzugestehen, soweit dies irgendmöglich ist.

Eisenbahnerstreik endgültig erledigt.

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst meldet: Der Abbruch des Eisenbahnerstreiks ist endgültig. Auch der Hauptvorstand der Reichsgewerkschaft hat sich in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch den Vereinbarungen seiner Vertreter mit dem Reichskanzler einstimmig angeschlossen.

Achtung, streikende Eisenbahner!

Laut Befehl der heutigen Funktionärskonferenz ist die Arbeit bis spätestens morgen, Donnerstag, und im Laufe des selben Tages wieder aufzunehmen.

Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs?

Trotz der grundsätzlichen Beilegung des Eisenbahnerstreiks ist nur mit einer allmählichen Wiederaufnahme des Verkehrs zu rechnen. Die Situation wird dadurch erschwert, daß noch am Dienstag nachmittag der Aktionsausschuß die Parole auf verstärkte Weiterführung des Streiks ausgegeben hatte.

Einsch. Er darf nie und nimmer dèrart leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden, wie es hier geschehen ist. Nicht eine unzufriedene Stimmung, nicht die Erregung des Augenblicks darf da den Ausschlag geben, sondern die Vernunft, die fähige sachliche Ueberlegung muß entscheiden.

Dieser Streik ist eine Katastrophe für die Stadt Berlin, zugleich aber eine Katastrophe für unsere gewerkschaftliche Organisation. Ist die gewerkschaftliche Organisation nicht oder nicht mehr imstande, derartige Streiks zu verhindern, dann muß das Vertrauen zu ihr schwinden als Verhandlungs- und Tarifkontrahent.

Mögen die städtischen Arbeiter einsehen, daß sie in diesem Falle einen falschen Weg gegangen sind, mögen sie die Mahnung des Schlichtungsausschusses beherzigen, mit allen Kräften für die möglichste Wirtschaftlichkeit der städtischen Betriebe Sorge zu tragen, damit diese nicht doch noch dem Privatkapital ausgeliefert werden müssen.

Wie die B.S.-Korrespondenz erfährt, hält der Magistrat an seinem am letzten Montag gefaßten Beschluß fest, daß alle städtischen Arbeiter, die am Dienstag nachmittag um 2 Uhr nicht zum Dienst erschienen waren, entlassen sind. An dieser Haltung des Magistrats soll auch das Ergebnis der Urabstimmung nichts mehr ändern.

Wollte der Magistrat lediglich aus der Tatsache, daß die Arbeiter nicht schon gestern nachmittag um 2 Uhr die Arbeit wieder aufnehmen, derartige Maßnahmen herleiten, so müßten wir dies bedauern.

Frankreich fordert Verschiebung von Genua.

Paris, 8. Februar. (W.B.) Wie der „Pest Parisien“ offiziös mitteilt, hat die französische Regierung in ihrer Note an die englische Regierung über die Konferenz in Genua darauf hingewiesen, daß die Finanzkonferenz von Brüssel, die der Völkervertrag organisiert habe, sechs Monate Vorbereitungen erfordert habe.

Die englische Thronrede.

London, 7. Februar. (W.B.) In der Thronrede heißt es noch: Der große und anhaltende Umfang der Arbeitslosigkeit verursacht mir die tiefste Sorge und wird weiterhin mit ernster Aufmerksamkeit von meinen Ministern verfolgt werden.

Die Versammlung am 1. Februar war längst vorbereitet, da sie zur Entscheidung über den neuen Manteltarif notwendig war, dessen Abschluß man bis dahin erwartete. Der neue Manteltarif ist aber heute noch weit von seinem Abschluß entfernt. Die von der Stadtverordnetenversammlung als Einigungsamt eingesezte Deputation zur Beratung der neuen Manteltarifvorträge hat in drei Sitzungen durch Schiedspruch einen Teil der streitigen Punkte erledigt und auf Drängen der Organisationsvertreter, die nicht mit leeren Händen vor ihre Funktionärversammlung treten wollten, diesem Teilschiedspruch bekenntgegeben.

Unter dem Eindruck der Mißstimmung über die Verzögerung des Tarifabschlusses und übertriebener Befürchtungen hinsichtlich seiner endgültigen Fassung, kam es zur Ablehnung des Schiedspruchs mit übergroßer Mehrheit. Das war vorauszusehen. Um noch im letzten Augenblick das Unheil eines Streiks zu verhindern, griff das Reichsarbeitsministerium ein und fällte einen Schiedspruch, der den ganzen Differenzen die Spitze nahm.

Anstatt nunmehr der durchaus veränderten Sachlage entsprechend, eine erneute Entscheidung der Belegschaften über diesen Schiedspruch herbeizuführen, berief man sich auf den wegen des erledigten Schiedspruches gefaßten Streikbeschlusses und überließ die Entscheidung der Streikleitung.

Diese machte nun das Experiment, das sie von den Vertretern des privaten Unternehmertums in der Stadtverwaltung befürchtete, im umgekehrten Sinne. Das war ein so leichtfertiges Unternehmen, daß es mißlingen mußte. In der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung steht der Fall glücklicherweise vereinzelt da, daß ein Streik proklamiert wird, bei dem die Streikenden nicht wissen, warum sie streiken, bei dem Streikobjekt und Streikziel fehlt, in dem die Arbeiterpresse und die Verbandsvorstände gezwungen sind, sich ohne weiteres und in der unzweideutigsten Weise gegen den Streik zu wenden, der sich gegen eine Entscheidung richtete, die überholt war, der eine neuere günstigere Entscheidung der höchsten Instanz miß-

achtete, wobei die Streikenden nicht einmal befragt wurden, keine Gelegenheit hatten, erneut zu entscheiden.

Die Bestreikung des gesamten Berliner Gemeinwesens, zumal in einem Augenblick, in dem der ganze Eisenbahnverkehr von Beamten stillgelegt ist, die der freigewerkschaftlichen Organisation fernstehen, das ist ein Unternehmen, das nur im alleräußersten Notfalle und nach reiflicher Ueberlegung und nur im Einvernehmen mit der Gesamtheit der Vertreter aller Berliner Gewerkschaften gewagt werden darf. Das Wohl und Wehe der gesamten Berliner Bevölkerung, in erster Linie der Arbeiterfamilien selber, der Schwachen und Hilflosen, ist hier der

Die „Fühlen Beobachter“.

Als der Eisenbahnerstreik auf der Höhe stand, schrieb der Vorsitzende der Deutschnationalen Partei, Herr Hergt, einen Artikel, der zwischen den Zeilen deutlich erkennen ließ, mit welchem Vergnügen die Feinde der Republik den entstandenen Schwierigkeiten zusahen. Herr Hergt legte dar, daß der Konflikt zwischen Regierung und Eisenbahnern seine Partei zunächst nichts angehe, die Deutschnationalen könnten als „Fühlen Beobachter“ darauf warten, wie lange sich die Bevölkerung solche Zustände noch gefallen ließe. Dementsprechend war die Deutschnationalen Partei bis zum letzten Augenblick bemüht, Del in das Feuer zu gießen, an dem sie ihre Partei-Gruppe zu wärmen hoffte. Eine Erklärung der deutschnationalen Reichstagsfraktion fordert von der Regierung, daß die „gerechte Sühne“ des von den Streikenden begangenen Unrechts durch Zugeständnisse nicht verhindert werden darf. Wie das gemeint ist, zeigt die Stellungnahme des deutschnationalen „Tag“ zu der jetzt vollzogenen Einigung, der schreibt:

„Gestern abend ist es zwischen der Regierung und der Reichsgewerkschaft zu einer „Einigung“ gekommen, deren Formel nur mühsam die nahezu völlige Niederlage der Regierung verbergen kann. Die Regierung hat sich bereifunden müssen, ihre Hauptabsicht, nämlich die Maßregelung der streikenden Beamten, größtenteils fallen zu lassen. Denn die Fälle, in denen sie sich eine Strafverfolgung vorbehalten hat, sind so beschränkt, daß das Ergebnis lediglich eine Aufmunterung der Streikenden sein wird, ihr verbrecherisches Treiben bei günstigerer Gelegenheit von neuem zu beginnen.“

Hinter diesen Zellen erkennt man die schlecht verhüllte Wut der Deutschnationalen darüber, daß es der Regierung gelungen ist, den Eisenbahnerstreik in einer für beide Teile erträglichen Weise zum Ende zu bringen. Sie hätten es viel lieber gesehen, wenn die republikanische Regierung und der republikanisch geinnte Teil der Beamtenschaft sich bis zur äußersten Möglichkeit und bis zur gegenseitigen Vernichtung zerfleischt hätten. Dann wäre der Augenblick für die Feinde der Republik gekommen gewesen.

Durch das Einlenken beider Teile ist diese äußerste Gefahr noch einmal gebannt worden. Aber man darf sich nicht darüber täuschen, daß auch so in den hinter uns liegenden Tagen gekämpft worden ist auf Kosten der Festigkeit und der Kraft der Republik. Deshalb das Bemühen aller Feinde der Republik, den Streik zu verewigen, deshalb ihre Enttäuschung über seine Beendigung.

Das gilt nicht nur für die Deutschnationalen, sondern auch für die Kommunisten. Aus dem Klagegesang der „Roten Fahne“ über den Abbruch des Eisenbahnerstreiks geht ganz klar hervor, daß sie auf die Gelegenheit gehofft hatten, diese Bewegung bis zu dem Höhegrad anzuführen zu können, bei dem die demokratische Republik ausgebrannt wäre, um dann auf der rauchenden Trümmerstätte die Rätediktatur zu errichten. Immer wieder betont die „Rote Fahne“, daß es ein Fehler gewesen sei, den Kampf um rein wirtschaftliche Ziele zu führen. Die Eisenbahner müßten erkennen, „daß es keine Kämpfe mehr gibt, die beschränkt werden könnten auf rein wirtschaftliche Ziele.“

Eins ist daran richtig, nämlich die Tatsache, daß derartige Streiks, die an den Lebensnerv des Staates und der Gesellschaften tasten, ohne politische Folgererscheinungen nicht bleiben können, selbst wenn sie ursprünglich nur als rein wirtschaftliche Kämpfe gedacht waren. Es ist viel leichter, eine solche Bewegung zu entfesseln, als sie in den weiteren Stadien in der Hand zu behalten. Gerade deshalb ist immer wieder zu verkennen, daß vor einer solchen Bewegung die verantwortlichen Führer und Organisationen mit der größten Gewissenhaftigkeit die Frage prüfen, ob wirklich alle anderen Wege erschöpft sind.

Die Selbsttäuschung der „Roten Fahne“ liegt in einem anderen Punkt: nämlich in dem irigen Glauben, daß der Fortgang der Bewegung nach ihren Wünschen zu der von ihr erhofften Rätediktatur geführt hätte. Er hätte in Wirklichkeit einen Sieg der monarchistischen Reaktion auf der ganzen Linie herbeigeführt. Die „Fühlen Beobachter“ um Herrn Hergt spähten nur auf den Moment der äußersten Erschöpfung der Kämpfenden, um von ihrem Beobachterposten herunterzukommen und mit gekochten Kräften ihre Diktatur aufzurichten. Wie in Ungarn und in Bayern wären auch hier die Kommunisten nichts gewesen als die Schrittmacher der Reaktion.

Frankreichs neue Heeresvorlage.

Ueber 400 Millionen Mehrausgabe.

Wir veröffentlichten in unserer Dienstag-Abendausgabe ein Schreiben des Reichstagsabgeordneten Dr. Dernburg, in dem es zum Schluß hieß: „Daraus ergibt sich, daß Frankreich seine gewaltige Rüstung gegen England und Amerika aus dem Gelde bestreitet, das es beiden Ländern schuldig bleibt.“ Der Etat der neuen französischen Heeresvorlage wird nunmehr bekannt. Der Entwurf bedingt in seiner gegenwärtigen Form eine Mehrausgabe von über 400 Millionen Frank gegenüber dem verflochtenen Jahre. Davon entfielen 200 Millionen auf die Unterstützung der bedürftigen Familien, die durch den Mißdienst ihres Ernährers beraubt werden. Der Rest verteilt sich wie folgt:

- Einberufung der Reservisten für die Instruktionsperiode 71 Millionen.
- Vermehrung der Berufsoldaten von 60 000 auf 110 000 Mann 80 Millionen.
- Sold für Ergänzungs-offiziere 17 Millionen.
- Erhöhung der Eingeborenen-Kontingente von 15 000 Mann auf 80 000 37 Millionen.
- Militärische Vorbereitungen 8 1/2 Millionen.

Aber man scheint inzwischen in Frankreich zu der Einsicht gelangt zu sein, daß diese Heeresreform nicht geeignet ist, im Ausland neue Freunde zu werden und alte Freundschaften zu erneuern. Deshalb hat Poincaré ein System von Abstrichen erlassen, das die militärischen Lasten dieses Jahres den Ausgaben des vergangenen Jahres angleicht, ohne doch die Sache zu treffen. Er empfiehlt dem Parlament, die 200 Millionen für die Familienunterstützung fallen zu lassen und Abstriche im Etat für Freiwilligenwerbungen und militärische Vorbereitungen zu machen. Damit ja wohl bewiesen ist, daß Frankreich die friedlichste Nation der Welt ist.

Auslanderrundschau.

Plus XI. hat unmittelbar nach seiner Wahl die auch von uns erwähnten Neuerungen demontieren lassen. Die er noch als Kardinal einem Verächter der „Konglone“ gegenüber getan haben sollte, und die ihn in den Ruf der Deutschfeindschaft gebracht haben. Demgegenüber hält allerdings der Berichterstatter den Inhalt des Interieurs aufrecht. Uns scheint, daß es weniger darauf ankommt, ob er als Kardinal jene Neuerungen tatsächlich gebracht hat, als ob er sich als Papst zu ihnen bekennt.

Der albanische Innenminister Ahmed Bey Rati ist ermordet worden.

Berlin hofft!

Ueber Berlin hat die düstere Wolke des Misstrauens eine kleine Aufhellung erfahren. Die Bevölkerung hofft auf die baldige Arbeitswiederaufnahme und auf die Wiederkehr geordneter Verhältnisse in absehbarer Zeit.

Wenn nur die fürchterlichen Entfernungen in der Riesenstadt nicht wären! Für viele ist es tatsächlich unmöglich, zu Fuß die Arbeitsstätte zu erreichen. Daher staut sich die Menge vor den Hoch- und Untergrundbahnhöfen in lebensgefährlichem Gedränge. Dort herrscht tatsächlich die Ellenbogenfreiheit in dem Wortes verewigter Bedeutung. Schwer leiden aber auch die Auternidbisse unter ihrer menschlichen Last. Sogar das Verderb, der Berliner nennt es schon das Blumenbrett, ist trotz der Hundeläute knacker voll. Und die Schaffner mahnen und warnen viel, um Unvorsichtige auf Gefahren aufmerksam zu machen. Ferner nimmt die Zahl der Führerwerte aller Art, die sich in den Dienst der Menschheitsförderung stellen, ständig zu. Doch schaffen sie nicht viel, weil es den Pferden gar zu schwer wird.

Die unterbundene Gasversorgung macht sich neben der Kohlennot auf das unangenehmste bemerkbar. Vor den Kohlenstellen ist natürlich Hochbetrieb und um ein paar Klößen Holz muß man gar grausam lange aufstehen. Die Holzladungen werden auf Schlitzen, in Kinderwagen usw. fortgeschafft. Oft mühen sich Kinder und Greise ab, und der Heimtransport der Feuerung geht zuweilen weit über ihre Kräfte.

Die Hamsterei geht weiter, und die Bodenbestände erfahren zunehmende Verminderungen. Das einzige, was zunimmt, ist der Müll auf den Höfen, weil er so schön danach angetan ist, auch seinerseits noch die Unannehmlichkeiten zu steigern.

Leichte Besserung im Verkehr.

Der Abbruch des Eisenbahnbeamtenstreiks konnte sich im Laufe des Vormittags im Berliner Verkehr noch nicht bemerkbar machen. Noch waren die Reisenden an der Arbeit, aber der Notverkehr auf den einzelnen Vorortstrecken zeigte gegen die Bortage schon wesentliche Besserungen. Während auf Ring- und Vorortstrecken der Verkehr noch vollständig ruhte, wickelte er sich auf der Wanneseebahn schon mit einiger Regelmäßigkeit ab. Die Züge fuhren bereits in Abständen mit einer halben bis einer ganzen Stunde — Im Fernverkehr des Potsdamer Bahnhofes konnte außer den sonst verkehrenden Zügen noch ein Schnellzug in der Richtung nach Magdeburg—Braunschweig in den Vormittagsstunden abgefertigt werden, während der übrige Fernverkehr in den Vormittagsstunden in gleicher Weise bedient wurde, wie an den Bortagen. Eine Besserung wird erst die allmählich fortschreitende Arbeitsaufnahme bringen können. — Die Untergrundbahn und die Kraftomnibusse waren wieder außerordentlich stark besetzt. Auf einzelnen Untergrundbahnhöfen waren die Bahnstellen, wie auch an Bortagen, gezwungen, wegen der außerordentlichen Ueberfüllung der Züge und der Bahnsteige die Zugänge zu den Bahnhöfen vorübergehend zu schließen. Der Verkehr zeigte späterhin eine geringe Abnahme, so daß der Zugverkehr wieder geordnet wurde. — Im Güterverkehr machte sich der Frost sehr fühlbar bemerkbar und erschwerte die Abfertigung der Züge außerordentlich. Der leichte Schneefall war ohne Einfluß, doch litten die großen Rangierbahnhöfe unter erheblichem Personal-mangel, so daß auch hier die Aufnahme eines geordneten Verkehrs noch nicht möglich war.

Fahrerentstattung für Zeitkarteninhaber.

Der Reichsverkehrsminister hat angeordnet, daß Anträge auf Erstattung von Fahrgehd aus Anlaß der jehigen Verkehrseinstellung mit größter Beschleunigung und in entgegenkommender Weise erledigt werden sollen. Bei Zeitkarten aller Art ist das Fahrgehd nicht nach dem Grundfaß der Anrechnung des regelrechten Einzelpreises für täglich zwei Fahrten, sondern nach dem Verhältnis der Benutzungszeit zu erstatten. Auf Zeitkarten, die nach der Wiederaufnahme des Betriebes gelöst werden, findet diese Anordnung keine Anwendung.

Fromme Versammlungsförder.

Die „Freie Schulgemeinde Berlin-Friedrichsberg“, die in kürzester Zeit sich schon recht stark entwickelt hat, veranstaltete für die drei katholischen Schulen Waabild eine Eltern-versammlung. In den vorhergehenden Tagen hatte sie die evangelische Elternschaft in Versammlungen mit den Zielen der modernen Schulpädagogik bekanntgemacht. Während nun in diesen Versammlungen Vorkämpfer und Gegner der Schulreform und der weltlichen Schule debattierten, kam die katholische Elternschaft mit einer bestimmten Parole in die Versammlung. Als Vortragsredner wählte sie zu seinem Vortrage „Ist die weltliche Schule religionslos?“ das Wort erhielt, erschollen viele Ausrufe: „Zur Tagesordnung!“, unterstützte durch Vorwärts zum Vorkandtschaftlich und Aufstehen aller Anwesenden. „Aber meine Turenkünde sprechen alle „Frommen“ machte es unmöglich, zu erfahren, worin die Ursache oder das Ziel der Aufregung zu suchen war. Endlich verwickelte sich der Vorsitzende Gedde. Auf seine Frage, was man eigentlich mit dem Tumult bewerkte, war die Antwort, daß die katholische Elternschaft es ablehne, mit Andersdenkenden über Fragen der Schulreform und der Kindererziehung zu sprechen und es als eine „Aberwelt seitens der Genossen“ betrachte, katholische Eltern zu gemeinsamen Sitzungen zu laden. Die Führer forderten ihre Schwestern auf, den Saal zu verlassen und nach der eigenen Versammlung in der Jungferstraße zu gehen. Durch die auf den Treppen und dem Schulhof umherstehenden Gruppen erfährt man, daß jene Perzekutionen, die meist aus politischen Kreisen zu stammen schienen, zu dem ausschließlichen Zweck der Versammlung als Drohung zu erscheinen waren. Man hätte selber den Vorsitzenden und den Referenten stellen und eigene Ausführungen durchführen wollen. Die Besonnenheit unserer Genossen verhinderte schlimmere Folgen dieser Herausforderung. Auch unsere Frauen hatten übrigens bei der Verteilung von Einladungszetteln vor den Schulen die größten Belästigungen auszuhalten müssen.

Beraubungen von Güterwagen. Aus beraubten Güterwagen stammt ohne Zweifel ein großer Teil des Wertes, der in der gestrigen Kriminalkommission in einem Lokal in Reinickendorf in die Hände gefallen ist. Die Beamten beschlagnahmten dort für über 100 000 M. Chromleder, Feinstränge mit Bromsals, Blechbehälter mit Del u. a. m. Die Verpackung der Ware ist erkennen, daß es sich um Sendungen handelt, die aus Eisenbahnwagen gestohlen worden sind. Außer diesen Waren wurden noch leere Säcke und anderes Verpackungsmaterial beschlagnahmt, das verschiedene Firmenbesitzungen trägt, wie Kluge u. Komp., Tels, Berlin, B. A. Mannheim, Breslau Wener, Offenbach u. a. Da zum Teil die Eigentümer des beschlagnahmten Gutes noch nicht bekannt sind, so werden diese erucht, sich im Zimmer 26 des Berliner Volkshauses bei Kriminalkommissar Durch zu melden.

Beihilfe auf wehrlose Frauen. Eine schwere Bluttat hat sich in Potsdam abgespielt. Der bei der Witwe Emma Baier im Hause Junkerstraße 49 zu Potsdam wohnende Arbeitslose Gustav Moriz, ein zu Gewalttätigkeiten neigender Mann, verheiratet, wurde durch einen Angriff auf seine Witwe und die Hausgegentümerin Frau Emilie Schwanen die Hausbewohner in Aufregung. Moriz geriet mit der Witwe in einen Streit, holte ein Messer und zerstückte die Wohnungstüren. Dann ließ er eine Wut an den Einwohnern ausströmen und ergriff auch die Witwe Baier an, die vor ihm flüchtete. Er verletzete sie durch Beilhiebe an Kopf und Händen. Moriz wurde verhaftet, während die schwerverletzte Frau in ein Krankenhaus überführt werden mußte.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Mittwoch, den 8. Februar:

119. Mt. Nächstens, 7 1/2 Uhr Abendsversammlung im Saal des Berliner Volkshauses. Referent: Daniel Büchel. Thema: Das neue Parteiprogramm.

Gewerkschaftsbewegung

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband.

Die Jahregeneratorsammlung der Filiale Berlin fand am 30. Januar in den Räumen der Brauerei Friedrichshain statt. Kollege Kotsch gab zunächst die Abrechnung vom letzten Quartal 1921. Dann gab Kollege Lehmann den Jahresbericht. Die Mitgliederzahl ist im letzten Quartal gegenüber dem vorhergehenden um rund 6000 gestiegen. Dazu bedurfte es intensiver Arbeit aller Funktionäre. Redner wies insbesondere darauf hin, daß in Anbetracht der bevorstehenden Situation in finanzieller Hinsicht die Organisation wesentlich gestärkt werden müsse. Für die Arbeitslosen wurde ein Fonds geschaffen, aus dem dieselben periodisch Zuschüsse erhalten. Lehmann erinnerte auch an die Listen der Ruheständler, worauf im Laufe des Jahres 47 858,75 Mark eingegangen sind. Zur Erledigung der Verwaltungs- und Agitationsaufgaben waren zusammen 2000 Sitzungen und Versammlungen notwendig. Zur Schulung der Betriebsräte soll die Organisation mit ausführenden Vorträgen eingreifen.

In den 25 Branchen der Filiale sind im einzelnen trotz großer Widerstände Erfolge erzielt worden. In der Hauptsache sind die Fraueneinkünfte den Männereinkünften wesentlich nahe gekommen und um durchschnittlich weit über 100 Proz. gegenüber dem Vorjahre erhöht worden, in einigen Branchen sogar um über 200 Proz. Zusammenfassend erklärte Redner, daß innerhalb der Organisation fieberhaft gearbeitet wurde, daß gegenwärtig und in den letzten Monaten sich der Schwerpunkt der Tätigkeit in der Wahrnehmung aller Interessen der Mitglieder gegenüber dem Unternehmertum kennzeichnete. Das gesamte Verbandsleben drehte sich im letzten Jahre lediglich um den Tariflohn. Jeder Tarifabschluß wurde, ehe die Linie der Unterchrist trocken war, von der fortgesetzten Preissteigerung bereits überholt. Redner vermahnte dann weiter darauf, daß heute im Unternehmertum alles mit Kompensierung erfüllt ist, und daß wir uns besonders unserer Pflicht bewußt sein müssen. Wir haben die Schlussfolgerung zu ziehen, die Stärkung unseres Verbandes mit allen Mitteln zu betreiben.

Während der Berichterstattung erschien der aus dem Verbandsausgeschlossene kommunistische Stadtverordnete Schumacher als Berichterstatter der „Roten Fahne“.

In der Diskussion buhten die kommunistischen Mitglieder um die Stimmen der Rechtssozialisten. An dem Jahresbericht selbst konnten sie eine ernsthafte Kritik nicht üben; nur der Fall Schumacher hatte es ihnen angetan. Sie beantragten, daß die Mitgliederversammlung gegen den Ausschluß Sch. protestieren und dieser noch wie Mitglied der Filiale Berlin bleiben soll. Ueber diesen Antrag konnte in der Ortsverwaltung nicht mehr entschieden werden. Der Antrag wurde jedoch nicht zurückgezogen, die Versammlung aber geschlossen.

Seit einem Jahre war die Berliner Filiale durch tumultuarische Szenen kommunistischer Mitglieder nicht in der Lage, eine ordnungsgemäße Generalsammlung abzuhalten. Dieser Zustand muß ein Ende nehmen. Es ist daher notwendig, daß die Betriebsräte und Vertrauensleute zu dieser Situation Stellung nehmen und Beschlüsse fassen, die eine fernere gedeihliche Fortentwicklung der Filiale gewährleisten.

Neue Löhne im Fuhrgewerbe.

Durch Verhandlung mit der Fuhrherrninnung zu Berlin und dem Deutschen Transportarbeiterverband sind die Löhne für das Last- und Leichtfuhrerwerkzeug Berlin für die Zeit vom 27. Januar 1922 bis 28. Februar 1922 wie folgt vereinbart worden: für Lastfuhrerwagenführer, Schwermfuhrerwerkstufcher, Arbeiter, Stokleute und Wächter 500 M., Leichtfuhrerwerkstufcher 530 M., jugendliche Zeitungs- und Astenwagenstufcher bis zu 18 Jahren 350 M., Leichtfuhrerwerkstufcher, die durch Unfall oder Inanabilität weniger leistungsfähig sind, mindestens 470 M., Arbeiterinnen 400 M. wöchentlich. Unständige Arbeiter erhalten pro Stunde 12,75 M., Ueberstunden werden mit 12,75 M. bezahlt, an Jugendlöhne mit 9,50 M. Für die Pferdepflege an den Sonntagen vormittags erhalten die Kutscher für die erste Stunde 12 M., bis zu zwei Stunden 16 M. Das Füttern der Pferde an den Sonntagen nachmittags wird mit 12 M. pro Stunde bezahlt.

Der ebenfalls neu abgeschlossene Manteltarifvertrag ist im Bureau des Deutschen Transportarbeiterverbandes, Engelauer 24/25, o. 11., Zimmer 36, bei den Kollegen Johnson oder Sydow erhältlich.

Beamtenmuster.

Aus Gewerkschaftskreisen wird uns geschrieben: Die organisierten Berufsmuster führen einen schweren Kampf um ihre Existenz, der ihnen vor allem dadurch erschwert wird, daß sich die Beamten durch gewerbliches Aufstiegen eine Doppelseitigkeit verschaffen. Zwar besteht eine Berufsausschüsse des Ministeriums des Innern, nach der „den Beamten grundsätzlich das gewerbliche Aufstiegen nur auf Grund einer besonderen Genehmigung und in Ausnahmefällen gestattet ist. Dabei soll besonders darauf Rücksicht genommen werden, daß durch die Erteilung der Genehmigung die gewerblichen Muster nicht geschädigt werden.“

An diese Verfügung lehnen sich weder die Unternehmer noch die Beamten. Die ersteren nicht, weil sie in den Beamten billige Kräfte finden, und die letzteren nicht, weil sie in ihrer Beamtenstellung sich einen Nebenwerb verschaffen wollen.

Die Berufsmuster wollen und können sich diese Schmutzkonkurrenz nicht gefallen lassen. Da sie jedoch bei den Unternehmern wie bei den Beamten für ihren schweren Kampf um ihre Existenz kein Verständnis finden, alle Vorstellungen und Ermahnungen keinen Erfolg haben, ersuchen sie die Berliner Arbeiterbewegung, sie in diesem Kampfe zu unterstützen. Die Muster führen sich dabei auf einen Beschluß der Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission, durch den ihnen diese Unterstützung zugesichert worden ist.

Zu den Etablissemments, in denen Beamtenmuster beschäftigt werden, gehört der Sportplatz, Potsdamer Straße 72, in dem trotz Vorstellwerden von der Direktion nichts geschehen ist, die Beamten zu entlassen und an deren Stelle Berufsmuster zu beschäftigen. Dieses unsoziale Verhalten der Direktion und der bei ihr mustrierenden Beamten muß von der Berliner Arbeiterbewegung nach Gebühr gemeldet werden.

Nachhafte Agitationsmethoden.

Im Betriebe der Norddeutschen Eiswerke, Berlin, Köpenicker Straße 40-41, sind unter anderem auch einige im „Zentralverband christlicher Arbeit- und Transportarbeiter“ organisierte Arbeiter beschäftigt. Auch diese haben erkannt, daß Hunger und Not bitter weh tun und offerieren — lediglich aus christlicher Nächstenliebe — jedem, der sich ihrer, Gott und den Kapitalisten wohlgefälligen Organisation anschließt, Kartoffeln zum Preise von 100 M. pro Zentner. Wer also keine Kartoffeln hat, kann hier — wenn er nur ein klein wenig Talent zum Gefinnungslumpen hat — welche zu erschwinglichen Preisen ergattern. Wenn diese „Christen“ nun auch noch dafür sorgen, daß in jeder Kirche eine Schlichterei eingerichtet wird, die alle gottesfürchtigen Seelen mit Kind, Schmelnefleisch und Suppentopfen usw. zu herabgesetzten Preisen versorgt, dann ist die Arbeiterfrage gelöst und im Himmel hochkonjunktur in der Zuwanderung gereizter Seelen.

Orenstein u. Koppel, Akt.-Ges., Spandau (Hauptfabrik). Infolge Kohlenmangels legt die Belegschaft außer Edgerner, Blühsen, Reparaturabteilung und Transportarbeiter, bis auf weiteres aus alle Berliner Kollegen erhalten Informationen im Arbeitslosenraum des Deutschen Metallarbeiterverbandes in der Zeit von 9-1 Uhr normirtions. Die Lohnzahlung für die Berliner Kollegen findet am Freitag 3 1/2 Uhr im Verbandshaus des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Linienstr. 83-85, statt.

Verband der Sattler, Tapezierer und Portefeuillisten. Donnerstag, abends 7 Uhr, Jahres-Generalsammlung im Saal 4 der Gewerkschaftshauses Jahresbericht der Vorstände und Kassierer. Eintritt nur gegen Voranmeldung.

Deutscher Goldarbeiter-Verband. Die Branchensammlung der Goldarbeiter in den Pringtherischen Badel Preuß. nicht Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr im Arbeitslosenraum, Kungstraße 30. Tagesspendung: Ueber Lohnabkommen Die Branchensammlung

Veranst. für den redakt. Teil: Franz Mühs Berlin-Lichterfelde für Anzeigen: Ch. Glöde, Berlin. Verlag: Koenigshaus-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Koenigshaus-Verlag G. m. b. H., Berlin. Verlagsanhalt: Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 1.